

In Prag ist Pariser Kommune. Protestaktionen in der DDR gegen die Niederschlagung des Prager Frühlings

Podiumsdiskussion der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Robert-Havemann-Gesellschaft in und mit der Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt beim Bund, Luisenstr. 18, 10117 Berlin
9. Juli 2008, 19 Uhr

Nicht nur in Paris, auch in Prag gingen 1968 Menschen auf die Straße, um für gesellschaftliche Reformen einzutreten. „In Prag ist Pariser Kommune“ sang Wolf Biermann, und auch in der DDR hefteten sich Mutige das Blau-Weiß-Rot der tschechoslowakischen Fahne an die Kleidung, um ihre Sympathie für den Prager Frühling zu demonstrieren. Es waren nicht viele und drei von ihnen sprachen an diesem Abend auf Einladung der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Robert-Havemann-Gesellschaft über ihre Erinnerungen an „1968“.

Staatssekretär Dr. Michael Schneider begrüßte die 140 Gäste im Publikum in den Räumen der Landesvertretung Sachsen-Anhalt und rückte in einigen einleitenden Worten das Jahr 1968 in den Kontext der für die DDR-Geschichte und auch für die europäische Geschichte bedeutsamen Jahre 1953, 1956 und 1989.

Anschließend konstatierte der Geschäftsführer der Havemann-Gesellschaft Dr. Olaf Weißbach, dass „1968“ bis heute vor allem mit der Erinnerung an die Ereignisse in Paris, West-Berlin oder Frankfurt a. M. verbunden sei, der Prager Frühling und seine Niederschlagung durch die Truppen des Warschauer Paktes indes „noch immer nicht den angemessenen Platz im kollektiven Gedächtnis“ gefunden habe.

Ähnlich drückte sich der Historiker Dr. Ilko-Sascha Kowalczuk in seinem instruktiven Einführungsvortrag aus. Auch er stellte fest, dass „1968“ bis heute vor allem aus westdeutscher Perspektive als das Jahr der Studentenproteste wahrgenommen wird: „'1968' ist auch 20 Jahre nach der Wiedervereinigung kein nationaler Erinnerungsort, sondern ein in den Grenzen der Bundesrepublik vom 2. Oktober 1990 verankerter“, so Kowalczuk. Sinngemäß sagte der bei der Birthler-Behörde arbeitende Historiker, dass „1968“ ein „geteilter Erinnerungsort“ im doppelten Sinne sei: er werde in Ost und West unterschiedlich wahrgenommen, biete aber auch die Chance, verschiedenartige Erfahrungen und Erinnerungen zu teilen und so schließlich zum gesamtdeutschen Datum zu werden. Dafür müsse aber auch die ostdeutsche Perspektive Berücksichtigung finden – und diese sei eben maßgeblich durch die Ereignisse in der ČSSR geprägt gewesen. In der DDR habe man aufmerksam die Studentenproteste in Frankreich, den USA und der Bundesrepublik registriert, zugleich aber mit dem Blick auf den Prager Frühling Hoffnungen auf einen „demokratischen Sozialismus“ gehegt. „Erstmals in der Geschichte schien es möglich, Sozialismus, Demokratie und Freiheit zusammenbringen zu können.“ Die Strahlkraft der Reformen des Kommunismus in den Farben der ČSSR wirkte bis in die DDR und stellte für die SED-Herrschaft eine Bedrohung dar. Das MfS, führte Kowalczuk aus, sah im Nachbarland die Konterrevolution am Werk und rechnete auch in der DDR mit dem Schlimmsten. Denn die SED-Führung habe „ihr '1968' schon 1953 gehabt.“

Als die Truppen des Warschauer Paktes dem Reformversuch mit ihrem Einmarsch am 21. August 1968 ein Ende bereiteten, beherrschte wochenlang inszenierte Akklamationen der Bevölkerung die DDR-Medien. Auch namhafte Intellektuelle und Künstler gaben zustimmende Erklärungen ab. Tatsächlich war die Stimmung in der Bevölkerung anders, wie Kowalczuk erklärte. Auch die sonst eher Unpolitischen waren empört über den Einmarsch. Vielfach wurde er mit dem Einmarsch

deutscher Truppen 1938 verglichen, wobei der Verweis auf dieses dunkle Kapitel der deutsch-tschechischen Geschichte als moralisches Argument gegen die neuerliche gewaltsame Einflussnahme auf die Politik des Nachbarlandes wirkte.

Allerdings überschritten nur wenige Menschen die Schwelle vom privat geäußerten Unmut zur offenen Protesthandlung. Die meisten von ihnen waren Jugendliche und junge Erwachsene unter 30 Jahren. Und es waren nicht die Intellektuellen oder Funktionärskinder, sondern vor allem Facharbeiter, die sich offen gegen die Zerschlagung des Prager Frühlings wandten. Manche verteilten Flugblätter, in denen Walter Ulbricht als Faschist oder gar als „roter Hitler“ bezeichnet wurde. Andere schrieben ihren Protest an Häuserwände – das MfS registrierte nach dem Einmarsch über 1600 Protestlosungen. 1200 Menschen wurden wegen ihrer Proteste verurteilt.

Die Hoffnungen auf eine Reform des Sozialismus hatten sich mit dem August 1968 als Illusion erwiesen. Dennoch, so Kowalczuk, blieb der Prager Frühling für die DDR-Opposition stets ein „wichtiger Referenzrahmen“. Er bot – wie der Bürgerrechtler Bernhard Weißhuhn es formulierte – zudem die „Chance einer Enttäuschung“, da sich durch die Erfahrung der Reformunfähigkeit junge Leute vom DDR-Sozialismus abwandten. Politische Hoffnungslosigkeit bewog Zehntausende, die DDR in Richtung Westen zu verlassen. Nur wenige Menschen engagierten sich politisch gegen die SED-Diktatur, die meisten richteten sich ein in dem Staat, der weder zu reformieren noch abzuschaffen schien. 1989 spielten die Ideen von 1968 dann kaum noch eine Rolle.

Nach Kowalczuks Vortrag kamen drei Menschen zu Wort, die damals auf unterschiedliche Weise ihre Sympathie für die tschechoslowakischen Reformkommunisten zum Ausdruck gebracht hatten. Dr. Ulrich Mähler von der Bundesstiftung Aufarbeitung moderierte das Gespräch zurückhaltend und mit Sinn für gekonnte Spannungsbögen.

Brigitte Martin hatte sich eine ebenso kreative wie mutige Form des Protests gegen den Einmarsch des Warschauer Paktes in die ČSSR ausgedacht. Die damals 29-Jährige schneiderte sich am 21. August ein Kleid in den Farben der tschechoslowakischen Nationalflagge blau-weiß-rot und ging damit durch Berlin. Nur knapp und mit Hilfe Robert Havemanns und seines Wartburgs entkam sie der Verhaftung durch das MfS.

Aus einem sozialdemokratischen Elternhaus stammend, war sie erst über den Kontakt zu Robert Havemann und Wolf Biermann zur Kommunistin geworden – wobei sich ihre Vorstellungen vom Kommunismus nicht mit der Politik der SED-Führung vereinbaren ließen. Schon 1965 hatte sie deshalb ihre Arbeit in der Akademie der Wissenschaften verloren und war unter Druck gesetzt worden, gegen ihren Lebensgefährten Havemann in einem Prozess auszusagen.

Frau Martin hatte an diesem Abend auch zwei Gemälde mitgebracht, auf denen sie die Hoffnungen und Enttäuschungen des Jahres 1968 und die schwierige Lebenssituation an der Seite des Dissidenten Havemann bildlich dargestellt hatte.

Auch Bernd Eisenfeld hatte sich bereits vor 1968 für ein unangepasstes Leben entschieden. Er hatte Mitte der sechziger Jahre den Wehrdienst mit der Waffe verweigert und als Bausoldat gedient. Daraufhin verlor er seine Arbeit bei der Staatsbank. Auch Eisenfeld verband, ähnlich wie Brigitte Martin, mit dem Prager Frühling die Hoffnung auf „Freiheit und Sozialismus“. Auch in der Öffentlichkeit erklärte er wiederholt seine Sympathien mit den Reformen in der ČSSR. Der damals 29-Jährige schrieb Leserbriefe an Zeitungen und prominente Befürworter einer gegen die tschechoslowakischen Reformbestrebungen gerichteten Hardliner-Politik. Eisenfeld fuhr auch nach Prag, um sich ein eigenes Bild zu machen und Informationen aus erster Hand zu besorgen. Schon seit dem März 1968 stand er deshalb unter verschärfter Beobachtung durch das MfS.

Dass der Warschauer Pakt unter Führung der Sowjetunion die Reformen in der CSSR gewaltsam unterbinden könnte, hatte er befürchtet, zugleich aber gehofft, dass der Ostblock diese außenpolitische Demaskierung vermeiden würde. Die Nachricht vom Einmarsch empfand er dann als „um so schockierender“. Sofort schickte Eisenfeld ein aufmunterndes Telegramm an die Botschaft der CSSR in Berlin. Doch das schien ihm nicht genug. Einen Monat später stellte er auf seiner Schreibmaschine in mühevoller Handarbeit ca. 150 Flugblätter her, auf die er ein Lenin-Zitat zum Begriff der Annexion und die Aufforderung, nicht zu schweigen und nachzudenken, schrieb. Die ČSSR erwähnte er dabei mit keinem Wort – Eisenfeld wollte nichts Illegales tun, auch aus Rücksicht auf sein Kind und seine Lebensgefährtin.

Die ersten Flugblätter hinterlegte er in einem Zug, weitere verteilte er vor dem Hallenser Theater und dem Gewerkschaftshaus – ein mutiger Akt der Zivilcourage. Die Menschen rissen ihm die Flugblätter förmlich aus der Hand, erzählte Eisenfeld. Er hatte das Gefühl, einen Sieg gegen die SED-Macht errungen zu haben. Als er am nächsten Tag die letzten Flugblätter verteilen wollte, wurde er von der Staatssicherheit festgenommen. Die Hoffnung auf Straffreiheit oder eine geringe Haftstrafe zerschlug sich schnell. Wegen „staatsfeindlicher Hetze“ wurde Eisenfeld zu zweieinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt. Nachdem er seine Strafe voll abgesessen hatte und entlassen war, gab er seinem inzwischen geborenen Sohn einen neuen Namen – Alexander, nach dem KP-Chef des Prager Frühlings.

Toni Krahl hatte im Sommer 1968 gerade die 11. Klasse beendet. Während seine Eltern und seine Schwester ganz auf Parteilinie waren, fragte sich der Jugendliche: „Warum kann das Ganze nicht auch mal Spaß machen?“ Sein Unbehagen an der DDR war weniger politisch-analytisch begründet, sondern speiste sich aus einer Art kulturellem Bruch zwischen dem Habitus der Genossen und dem Lebensgefühl der Jugend. „Wir waren ja ideologiefrei“, schätzt Krahl heute ein. Er trug lange Haare, einen amerikanischen Armeeparka und „Twist-Hosen“ mit Schlag. Krahl wollte ein Hippie sein. Mit Freunden fuhr er nach Prag und spürte, dass dort ein bisschen mehr möglich war als in der DDR. Man konnte ohne Vorsicht reden, Schallplatten kaufen und ein „Gefühl von Freiheit“ genießen, das es so in der DDR nicht gab. Die Berichterstattung der DDR-Medien über den Prager Frühling stand für ihn im scharfen Kontrast zu seinen eigenen Erlebnissen. Als er die Nachricht vom Einmarsch der Ostblock-Staaten erhielt, war er wütend und empört. „Man marschiert nicht in Freundesland ein“, dachte er und suchte nach einer Möglichkeit, seiner Empörung Ausdruck zu verschaffen. Krahl hinterlegte zusammen mit Freunden eine Solidaritätserklärung in der Botschaft der Tschechoslowakei. Am 24. August traf er sich mit Gleichgesinnten vor der sowjetischen Botschaft zu einer Schweigekundgebung. 80 Jugendliche hatten sich selbst gebastelte ČSSR-Fahnen an die Parka geheftet. „Wir wollten ein Happening“, erinnert sich Krahl. Die Staatssicherheit, die ebenfalls zahlreich gekommen war, verhinderte das. Erst einen Monat später nahm ihn die Polizei in Haft. Ende November 1968 wurde er zu einer dreieinhalbjährigen Gefängnisstrafe wegen „staatsfeindlicher Hetze“ verurteilt – ein Schock für den jungen Mann. Überraschend wurde die Strafe einen Monat später auf Bewährung ausgesetzt. Der Staat hatte seine Macht gezeigt.

Später war Toni Krahl Sänger von „City“, einer der erfolgreichsten DDR-Bands. Brigitte Martin arbeitete fürs DDR-Radio und konnte im kleinen Rahmen publizieren. Bernd Eisenfeld ging Mitte der siebziger Jahre in den Westen. Gern hätte man erfahren, welche Erfahrungen dieser streitbare Geist in der von einem ganz anderen „1968“ geprägten Bundesrepublik gemacht hat. Aber das wäre wieder ein neues Thema gewesen.

Andreas Stirn